

Der sozialistische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 1/2

Jänner/Februar 1990

5 Schilling

Es gibt keinen Sozialismus ohne Demokratie

Von Josef Hindels †

Unmittelbar vor Drucklegung der vorliegenden Ausgabe erreichte uns die schmerzliche Nachricht vom Tod unseres Genossen Josef Hindels am 10. Februar 1990. Nachstehend veröffentlichen wir den Text eines Briefes, den Genosse Hindels an den Bundesvorstand der Freiheitskämpfer gerichtet hat und der in der Sitzung vom 26. Jänner 1990 verlesen wurde:

Was wir in der letzten Zeit im Osten erlebt haben, ist ein gewaltiges Ereignis. Was im Osten zugrunde gegangen ist, das ist nicht der Sozialismus. Was im Osten zugrunde gegangen ist, das war eine Entartung des Sozialismus, auf die gerade wir Sozialdemokraten seit vielen Jahren aufmerksam gemacht haben. Und es ist daher ein katastrophaler Fehler, vor dem ich jeden Einzelnen warnen möchte, von einer Niederlage des Sozialismus zu sprechen. Nicht der Sozialismus hat eine Niederlage erlitten, sondern eine bestimmte Entwicklung des Sozialismus, vor der wir immer gewarnt haben.

Ich habe nachgelesen, was ich zum Beispiel in den fünfziger Jahren bei verschiedenen Veranstaltungen der Freiheitskämpfer gesagt habe. Natürlich wäre es ein Unsinn, zu behaupten, ich hätte das, was eingetreten ist, vorausgesagt. Das hat niemand vorausgesagt und voraussagen können. Aber ich habe damals – und das kann jeder nachlesen – gewarnt vor dem kommunistischen Weg. Ich habe die Meinung vertreten – und ich war nicht der einzige –, daß der Sozialismus nicht mit Gewalt verwirklicht werden kann. Ich habe die Meinung vertreten, daß Sozialismus und Demokratie zusammengehören, daß es einen Sozialismus ohne Demokratie vielleicht kurze Zeit geben, aber daß er nicht auf Dauer bestehen kann. Und leider hat sich diese Voraussage in einer Form erfüllt, wie wir es alle nicht erwartet haben.

Warum ich mich zu Wort melde ist, um euch zu sagen: verwechselt nicht, was jetzt im Osten geschehen ist, mit dem Sozialismus. Der Sozialismus ist, historisch gesehen, wesentlich älter als das, was jetzt im Osten geschehen ist. Den Sozialismus hat es bereits in der Zeit vor der Russischen Revolution gegeben, in einer Zeit, in der die Probleme, die dann die Russische Revolution aufgestellt hat,

noch gar nicht vorhanden waren. Und es hat immer wieder die Meinung gegeben, ihr könnt sie nachlesen bei unseren großen Denkern: es gibt keinen Sozialismus ohne Demokratie!

Und bitte, das möchte ich euch besonders ans Herz legen, tut Otto Bauer nicht unrecht. Es ist wahr, daß Otto Bauer sich große Hoffnungen auf die Russische Revolution gemacht hat. Das kann und soll man nicht leugnen. Aber es ist ebenso wahr, daß Otto Bauer gewarnt hat vor einem Weg, der versucht, ohne Demokratie zum Sozialismus zu kommen. Und wir, als Schüler Otto Bauers, müssen insbesondere den Jungen erklären: Otto Bauer ist niemals für einen Sozialismus ohne Demokratie eingetreten. Wer das behauptet, kennt Otto Bauer nicht. Otto Bauer hat nur gemeint, daß in einem Land von der kolossalen Rückständigkeit Rußlands, es vielleicht möglich sein wird, erste Schritte zum Sozialismus, auch unter nicht-demokratischen Verhältnissen, zu gehen. Otto Bauer hat in den letzten Jahren seines Lebens daran immer mehr gezweifelt und immer mehr hervorgehoben: Es gibt ohne Demokratie keinen Sozialismus!



Josef Hindels

**10. Jänner 1916 –
10. Februar 1990**

(Aufnahme vom 1. November 1988,
Foto: Hans Waschek)



Im Gedenken an Josef Hindels



Gen. Nedwed bei seiner Gedenkansprache vor dem Mahnmal für die Opfer des Faschismus: Weiter im Sinne von Josef Hindels.

(Foto: Hans Waschek)

Vor 45 Jahren wurde das KZ Auschwitz befreit

Am 27. Jänner 1945, also vor 45 Jahren, wurde das Konzentrationslager Auschwitz, die größte NS-Vernichtungsstätte, von sowjetischen Truppen befreit. Aus diesem Anlaß fand am 24. Jänner 1990 im Alten Rathaus in Wien eine Gedenkveranstaltung statt, zu der die Lagergemeinschaft Auschwitz, die Gewerkschaftsjugend und die Hochschülerschaft eingeladen hatten.

Die Thematik sollte bei dieser Veranstaltung nicht rückwärtsgewandt behandelt werden, sondern gegenwarts- und zukunftsbezogen. So warnte der Vorsitzende der Gewerkschaftsjugend, Gerald Gerstbauer, eindringlich vor dem auch heute wieder vorhandenen Rechtsextremismus, vor Rassenhaß und Fremdenfeindlichkeit. Und er erinnerte an die Rolle der Massenarbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren, die von der NS-Propaganda für ihre verderblichen Ziele ausgenutzt wurde. Abgesehen von den menschlichen Aspekten müsse man aus grundsätzlichen Erwägungen gegen eine neuerliche Massenarbeitslosigkeit auftreten und eine Zweidritteltgesellschaft verhindern. Gerstbauer unterstrich auch die Notwendigkeit der Diskussion zwischen den Generationen und der Vermittlung von Zeitgeschichte an den Schulen. Die zweite Sprecherin der jungen Generation, Susanne Kowarc,

umriß die vielen Wege, die nach Auschwitz geführt haben: Antisemitismus, Rassenhaß, Herrschaftsideologie usw.

Die Atmosphäre der Geschehnisse vor 45 Jahren wurde von dem Zeitzeugen Dr. Franz Danimann vermittelt. Er schilderte die letzten Tage von Auschwitz, das Morden der SS bis zum Schluß, die Todesmärsche bei der Evakuierung und schließlich die Befreiung des Lagers durch sowjetische Truppen.

Namens der Hochschülerschaft wurde die Veranstaltung, an der unter den Ehrengästen auch diplomatische Vertreter von Israel und Polen teilnahmen, von Thomas Stern begrüßt. Ein Begrüßungsschreiben hatte Alt-Bundespräsident Dr. Kirchschläger gesandt. Der kulturelle Teil der Veranstaltung wurde von Kurt Schmidt, selbst Überlebender von Auschwitz und Mauthausen, bestritten, der einschlägige Gedichte zum Vortrag brachte. Im Rahmen der Veranstaltung kam auch ein sowjetischer Dokumentarfilm über die Ereignisse in Auschwitz im Jänner 1945 zur Aufführung. In der Veranstaltung wurde auch jener Österreicherinnen und Österreicher gedacht, die Auschwitz nicht überlebt haben, unter ihnen Robert Danneberg, Luise Kautsky, Egon Schönhof, Heinrich Steinitz, Alfred Klahr, Alma Maria Rose, Fritz Beda-Löhner, Grete Holm und Alfred Hammerschlag.

Der Schweigemarsch der Freiheitskämpfer am 10. Februar 1990 zum Mahnmal der Opfer des Faschismus auf dem Wiener Zentralfriedhof stand unter dem erschütternden Eindruck des Todes unseres Genossen Josef Hindels, der in den frühen Morgenstunden nach längerer Krankheit verstorben ist.

„Mit Josef Hindels verliert die sozialistische Bewegung einen Intellektuellen, der als Gewerkschafter und Publizist, als Bildungsfunktionär, besonders in der ideologischen Arbeit Hervorragendes geleistet hat“, würdigte Abgeordneter Genosse Ernst Nedwed in seiner Rede beim Mahnmal den Verstorbenen. Hindels hat vor allem den Kampf gegen den Neofaschismus, gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und vor allem gegen die in der letzten Zeit von den Rechtsextremisten immer wieder versuchte Leugnung und Bagatellisierung der Naziverbrechen geführt, stellte Nedwed fest und erinnerte daran, daß Josef Hindels in den letzten Jahren beim Marsch der Freiheitskämpfer jeweils die Gedenkrede gehalten hat. Dabei sei immer zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen zum antifaschistischen Kampf Stellung genommen worden. Es sei im Sinne von Josef Hindels, wenn diese Tradition fortgesetzt wird, sagte Nedwed.

Die klare Haltung von Bundeskanzler Vranitzky gegen jede Form von Antisemitismus, des Rechtsextremismus und großdeutscher Tendenzen komme auch in der Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit der FPÖ unter Jörg Haider zum Ausdruck. Die vielen „Ausrutscher“, die es in der FPÖ in der letzten Zeit gegeben habe, seien ausreichend dokumentiert. Als Skandal sei nach wie vor das Grenzlandjahrbuch 1989 zu bezeichnen, von dem sich Jörg Haider als Parteivorsitzender und auch die FPÖ-Parlamentsfraktion trotz Vorhaltungen im Nationalrat nie distanziert habe. „Das Verhaltensmuster bei Aufdeckungen von ‚braunen Rülpsern‘ durch die Medien, wie zum Beispiel in den Fällen von Helmut Weiss, Raimund Wimmer und Peter Müller, ist immer das gleiche. Zuerst wird von Menschenjagd gesprochen, dann von Mißverständnissen, und zum Schluß müssen die angegriffenen FPÖ-Funktionäre unter dem Druck der Öffentlichkeit zurücktreten. (Der „Kämpfer“ wird Josef Hindels in seiner Ausgabe 3/4 ausführlich würdigen.)

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Dr. Herbert Berger, Dr. Franz Danimann, Herbert Exenberger, Ernst Frühauf, Josef Hindels †, Otto Skritek, Hans Waschek.



Nach der Wahl vom 14. Dezember 1989:

Chile braucht weiter unsere Solidarität

Wenn am 14. März 1990 Patricio Aylwin in Chile das Präsidentenamt übernimmt, so geht für dieses Land eine sechzehnjährige Militärdiktatur zu Ende. Die Wahlen vom 14. Dezember 1989 brachten der Opposition, die nur einen einzigen Kandidaten aufstellte, den Christdemokraten Patricio Aylwin, mit 55,2% schon im ersten Durchgang einen klaren Sieg. Hernán Büchi, Kandidat der Militärregierung und ihr früherer Finanzminister, erreichte nur 29,4%, der Rechtspopulist Errazuriz 15,4%. Nach dem Rückzug der Militärs aus der Regierung in Brasilien, Bolivien, Uruguay und Argentinien und dem Sturz der Stroessner-Diktatur in Paraguay, war die internationale Isolierung der Generäle in Chile komplett. Sie waren der letzte Hort der direkten Machtausübung im Sinne der Doktrin der „Nationalen Sicherheit“, derzufolge ein interner „Krieg“ gegen die weltweite marxistische Aggression geführt und gewonnen werden mußte.

Mit dem Putsch vom 11. September 1973, geführt von General Pinochet, eröffneten die Generäle diesen internen Krieg. Der Kriegszustand wurde ausgerufen, das Kriegsrecht eingeführt, Kriegsgerichte eingesetzt, alle linken Bewegungen und deren Anhänger zu Kriegsgegnern erklärt und mit dem Einsatz der vollen Feuerkraft bekämpft.

Die Bilanz des Krieges

Die Bilanz des Krieges: Zehntausende Tote, zum Teil im Widerstand gefallen, Opfer der Bombenangriffe, Hingerichtete, ermordete Kriegsgefangene, Folteropfer. Hunderttausende waren kürzer oder länger inhaftiert, wurden mißhandelt, Millionen mußten ins Exil. Totale Repression durch die Geheimdienste, Zensur, Bücherverbrennung, weitgehende Zerschlagung der linken Parteien, der Gewerkschaften und der Basisorganisationen. Die sozialen Errungenschaften, die die breite Bevölkerung unter der Regierung Allende erreicht hat, die Verbesserungen im Schulwesen, im Gesundheitswesen und beim Einkommen wurden radikal abgebaut.

Diese Bilanz hat auch eine „positive“ Seite, eine „Haben-Seite“ für die Kriegsgewinner: die 20% der Reichsten des Landes konnten ihren Anteil am Kuchen des Nationaleinkommens zwischen 1968 und 1988 von 44,5 auf 60,4% steigern (Studie der Akademie des Christlichen Humanismus in Santiago), die obersten 10 Prozent allein seit 1978 von 36,5 auf 46,8%. Zehn Prozent der Bevölkerung verfügen derzeit über fast 50% des Volkseinkommens, während rund die Hälfte der Bevölkerung als arm eingestuft wird, das heißt, daß diese Menschen ihre Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Kleidung, Gesundheit, Erziehung) nicht abdecken können, etwa 15% davon gelten als „extrem arm“, da ihr Einkommen nicht einmal für die Ernährung ausreicht, d. h. sie hungern.

Die Kriegsgewinner verweisen auf das hohe Wirtschaftswachstum, auf hohe Investitionsraten, auf steigende Exporte,

auf die pünktliche Rückzahlung der Auslandsschuld, auf eine geringe Inflation und einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Die traumhaft hohen Gewinnraten locken nach wie vor ausländische Investoren an. Bankpaläste, Kaufhäuser, Autobahnen, eine blitzsaubere Metro und belebte Geschäftsstraßen inmitten von Büroburgen sind die Manifestationen und Denkmäler des gewonnenen Krieges.

Blüte des Kapitalismus

Der Kapitalismus in Chile ist von einer so ins Auge springenden Macht und Stabilität, daß ihn das Militär derzeit weder in der Regierung noch auf der Straße verteidigen muß. Die Börsenkurse in Santiago haben auf die Wahl des Kandidaten der Opposition keineswegs negativ reagiert, es gab sogar leichte Kursanstiege, denn man vertraut darauf, daß die Parteienkoalition des Wahlsiegers „ein Klima des makroökonomischen Gleichgewichts und stabile Normen für die Auslandsinvestitionen“ versprochen

hat. Patricio Aylwin hat wiederholt die Fortsetzung des derzeitigen ökonomischen Kurses zugesichert und der unterlegene Regierungskandidat Büchi hat in der Wahlnacht betont, daß er auf diese Linie des neu gewählten Präsidenten baue.

Die Militärdiktatur hat aber nicht nur eine nie gekannte Blüte des Kapitalismus in Chile etabliert, sie hat auch dafür gesorgt, daß die Rahmenbedingungen für die kommende Regierung so gestaltet sind, daß ein Verlassen des eingeschlagenen Kurses unmöglich erscheint. Der neuen Regierung sind die Hände weitgehend gebunden. Das betrifft die Wirtschaft, die Justiz, die Medien, die Universitäten, die Verwaltung, das Parlament selbst und vor allem das Militär.

Hier einige Beispiele: die Zentralbank, die in Chile die makroökonomischen Normen setzt, ist ab nun in ihren Entscheidungen von der Regierung unabhängig, und Pinochet hat, allerdings in einem Kompromiß mit der Opposition, die neue Führungsgarnitur schon eingesetzt. Das Kupfergeschäft wird von nun an nicht durch die Regierung, sondern auch von der Zentralbank getätigt (Kupfer ist der wichtigste Exportartikel), die staatliche Kupfergesellschaft CODELCO wird ebenfalls von der Regierung unabhängig. Die Staatsbank, die Energie- und Wasserversorgung, Post und Telefon, Luftlinie und Metro wurden rasch noch privatisiert. In der Justiz wurden die an sich unabsetzbaren Obersten Richter noch schnell durch eine überhöhte Pen-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die Wahlnacht vom 14. Dezember 1989 in Chile: Das Volk feiert den Sieg über die Diktatur des General Pinochet.

(Fortsetzung von Seite 3)

sion motiviert, in den Ruhestand zu gehen und durch junge, unabsetzbare Richter, ausgewählt von Pinochet, ersetzt.

Sicherheitsfaktor Pinochet

Ähnliche Fesseln wird die neue Regierung auf jedem politischen Gebiet vorfinden. Damit aber der neu gewählte Kongreß nicht etwa auf die Idee kommt, diese Gesetze zu ändern, wurde vorgesorgt, daß im neu gewählten Parlament keine ausreichende Mehrheit für Veränderungen vorhanden ist. Durch ein Wahlgesetz, das die Opposition in mehrfacher Hinsicht benachteiligt, wurde sichergestellt, daß die Opposition nur 72 der 120 Sitze im Abgeordnetenhaus und nur 22 der 38 zu wählenden Senatoren erhielt. Dazu kommt, daß Pinochet weitere neun Senatoren nominieren kann, wodurch die neue Regierung im Senat nicht einmal die einfache Mehrheit haben wird. Für die Änderung der meisten Gesetze ist außerdem eine $\frac{4}{7}$ - oder $\frac{2}{3}$ -Mehrheit notwendig.

Damit ist aber das von Pinochet für die Erhaltung des Ausbeutungskapitalismus gespannte Sicherheitsnetz noch nicht komplett: der stärkste Sicherheitsfaktor ist er selbst, da er laut seiner Verfassung noch acht weitere Jahre Chef des Heeres bleiben kann, ebenso wie seine Kollegen in den anderen Waffengattungen, und kein neuer Präsident kann daran etwas rütteln. Pinochet will sogar so weit gehen, jetzt noch schnell ein Gesetz zu beschließen, das dem Militär die volle Autonomie in personeller und budgetärer Hinsicht garantiert, wogegen es allerdings bei seinen Juntakollegen Bedenken gibt. Pinochet sieht seine Aufgabe für die Zukunft darin, über die Fortsetzung des von ihm eingeschlagenen Weges zu wachen und besteht daher darauf, den Oberbefehl über das Heer weiter zu behalten.

Moralischer Sieg des Volkes

Und doch ist das nicht alles, ging und geht nicht alles nach den Wünschen von Militär und Kapital. Chiles Volk hat viel Widerstand geleistet:

In den langen Jahren der Diktatur haben die Chilenen Stein für Stein eine Barrikade errichtet, die zu überwinden selbst Panzern nicht möglich ist. Jedes Gedicht, jedes Lied, jede Mauerinschrift, jedes Flugblatt, jeder Artikel in Untergrundzeitschriften, jedes mutige Wort, jeder wie immer manifestierte Wille zur Freiheit, jede Geste der Solidarität, alles das hat den Widerstand ausgemacht, hat bewirkt, daß die Mehrheit des chilenischen Volkes immer mehr die Angst verlor und ungemein viel Phantasie entwickelte, um die kleinen Pfade zur Freiheit zu suchen. Es ist richtig, daß die Putschisten viele Ziele erreicht haben, aber ebenso richtig ist es, daß es ihnen nicht gelungen ist, ihre Philosophie, ihre Sicht der Gesellschaft, der Mehrheit der Chile-

nen aufzudrängen. Ganz im Gegenteil, die hohe Glaubwürdigkeit, die die Militärs früher in Chile hatten, haben sie gründlich verspielt, sie kommen mit dem Märchen von der marxistischen Weltverschwörung nicht mehr an und sie waren weder imstande, die Mehrheit an sozialem Unrecht zu gewöhnen noch an das Verbrechen gegen die Menschenrechte als politische Maßnahme. So gesehen haben die Militärs eine schwere moralische (keine machtpolitische) Niederlage erlitten, und diese Niederlage und der moralische Sieg des Volkes ist für die weitere Zukunft des Landes vielleicht doch das entscheidende Element.

Aylwin und die Linke

Der Sieg der Opposition bei den Präsidentenwahlen kam nicht zuletzt deswegen zustande, weil die Linke auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten verzichtet hatte. Aylwin hatte sich in der christdemokratischen Partei als Kandidat durchgesetzt und wurde daher auch von der Koalition der 17 Parteien der „Concertación por la Democracia“, wo die Christdemokraten führen, akzeptiert. Da Aylwin 1973 zu jenen gehörte, die den Sturz Allendes begrüßt hatten, war es für die Linken nicht einfach, für ihn zu stimmen, aber die politische Vernunft siegte über das Gefühl, was insbesondere durch die versöhnliche Haltung der Witwe Allendes gefördert wurde.

Keine gemeinsame Liste präsentierte die Opposition bei den Parlamentariern. Die Christdemokraten wollten nicht zulassen, daß auf der gemeinsamen Liste auch Kommunisten aufscheinen. Die Folge war, daß die Kommunisten, gemeinsam mit den Links-Christen, dem MIR, den Radikalen der Gruppe Sule und den Almeyda-Sozialisten, die Wahlplattform PAIS gründeten und auf dieser Liste kandidierten. Diese Spaltung – auf Regierungsseite gab es zwar auch mehrere Listen, aber die wichtigsten Parteien der Rechten, Renovación Nacional und UDI kandidierten gemeinsam – brachte die Linke um einige Sitze. PAIS war insgesamt, als Folge der Wahlgesetze, nicht recht erfolgreich, die Kommunisten erhielten überhaupt kein Mandat, obwohl ihre Kandidaten in einigen Bezirken bis zu 20% erreichten. Die kommende Regierung wird also in erster Linie von der Concertación getragen werden. Von linker Seite sind in diesem Bündnis die Radikale Partei (Mitglied der Sozialistischen Internationale), die Sozialisten der Richtung Lagos und Arrate, die Almeyda-Sozialisten (die Vereinigung der beiden Tendenzen schreitet voran) und einige andere kleinere linke Parteien.

Die neuen Herausforderungen

Die neue gewählte Regierung steht in Chile vor zwei großen Herausforderungen, erstens einen Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit einzuschlagen und zweitens Aufklärung zu schaffen über die Verbrechen gegen die Menschenrechte.

Neben den vielen politischen Morden der ersten Jahre – es gibt übrigens bereits recht gute journalistische Recherchen und Publikationen dazu – ist das Problem der „Verschwundenen“ sicherlich das schwerwiegendste auf diesem Gebiet. Das kirchliche Vikariat der Solidarität, an dessen Archive das Regime im Frühjahr des vergangenen Jahres vergeblich heranzukommen versuchte, und die Organisation der Familienangehörigen haben 774 Fälle im Detail belegt und bei Gerichten eingebracht. Die Gesamtzahl der „Verschwundenen“ – Personen, die von Bewaffneten meist nachts aus den Häusern geholt wurden – wird auf rund 2500 geschätzt. Viele Angehörige haben es nie gewagt, zu den Gerichten zu gehen, oder die Fälle sind nicht ausreichend dokumentiert.

500 politische Gefangene

Derzeit gibt es in Chile etwa 500 politische Gefangene, d. h. Gefangene, die entweder auf Grund des Widerstandes gegen die Diktatur festgenommen wurden oder auch nur wegen einer Beleidigung des Präsidenten und der Militärs. Die Concertación beabsichtigt die möglichst rasche Freilassung aller politischen Gefangenen, soweit sie nicht in Gewaltakte impliziert waren. Die anderen sollen ein faires Verfahren vor einem Zivilgericht bekommen. PAIS hingegen will diese Unterscheidung nicht gelten lassen und beruft sich auf das Widerstandsrecht gegen die Diktatur. Die Menschenrechtsorganisationen und einige linke Parteien stellen diese Forderungen mit großem Nachdruck und betonen, daß es sich nicht um das Problem einzelner handelt, sondern um die Frage der Wahrheit und der Gerechtigkeit in einem Staat, um das gute oder schlechte Gewissen für die Zukunft des Landes.

In den kommenden schwierigen Jahren wird die internationale Solidarität tatkräftig mithelfen müssen. Nichts wäre falscher, als jetzt zu meinen, der Fall Chile wäre erledigt und man könne sich aus der Solidarität mit Chile abmelden. Freilich wird diese Solidarität nun anders gestaltet werden müssen als bisher, und es ist an der Zeit, daß darüber bei uns die Diskussion einsetzt.

Widerstand im Zweiten Weltkrieg

Im Sommersemester 1990 findet an der Wiener Universität die Fortsetzung der viel beachteten Vorlesungen von **Univ.-Doz. Dr. Herbert Steiner** über „Widerstand im Zweiten Weltkrieg“ statt. Ab Mittwoch, 7. März 1990, **jeden Mittwoch um 9.15 Uhr** im Hörsaal 41 der Universität, Dr.-Karl-Lueger-Ring 1.

Alle Interessenten sind dazu herzlich eingeladen.

Eine verdrängte Seite der FPÖ?

In mehreren Fällen zeigte sich ab dem Bedenk- und Gedenkjahr 1938/1988 der wahre Charakter der FPÖ. Da hilft auch nicht eine „Argumentationshilfe pro und kontra FPÖ“, die vom „Freiheitlichen Bildungswerk“ im Jahre 1989 herausgebracht wurde. Streng getrennt aufgelistet werden hier die Argumente für Sympathisanten und für Gegner der FPÖ. Gegnern sollen FPÖ-Funktionäre etwa auf den Vorwurf des Antisemitismus in der FPÖ mit dem Hinweis auf antisemitische Äußerungen von ÖVP-Funktionären entgegen. Für FPÖ-Sympathisanten schlägt das „Freiheitliche Bildungswerk“ folgende Antwort vor: Zunächst einen Hinweis auf das FPÖ-Programm mit Religionsfreiheit und dann kommt ein Satz, der mehrmals gelesen werden muß: „Keine antisemitischen Äußerungen irgendeines FPÖ-Funktionärs.“

Wir erinnern nur an die Mitorganisation des Freiheitlichen Akademikerverbandes für die provokante Vortragsreise des bekannten rechtsextremen Leugners der Gaskammern in den Konzentrationslagern, David Irving, an das „Kärntner Grenzlandjahrbuch 1989“ der Kärntner FPÖ, an den FPÖ-Bundesrat Helmuth Weiss, an den Vorsitzenden der FPÖ Linz-Land, Raimund Wimmer, an den FPÖ-Ortsparteiobmann von Bad St. Leonhard, Peter Müller. Aber der Reihe nach.

Eine unglaubliche Verherrlichung von Hitler und Nazideutschland findet sich in dem von der Landesleitung Kärnten der FPÖ herausgegebenen „Kärntner Grenzlandjahrbuch“. Nur ein Zitat daraus: „Fahnen, Uniformen, Lieder, Sprechchöre, marschierende Kolonnen: sie bedeuteten nicht mehr Streit und Straßenschlachten, Bürgerkrieg; sie bedeuteten Einigkeit, Jubel, Feier, Frieden... Wieso alles so anders gekommen war, woher es kam, darauf gab es nur eine Antwort: Adolf Hitler, der Führer!“ Vergeblich forderte Genosse Edgar Schranz die FPÖ zu einer Distanzierung auf.

Erst nach konsequenten antifaschistischen Protesten trat der FPÖ-Bundesrat und vorgesehene Nationalratsabgeordnete Helmuth Weiss aus Krems – 1977 fand er nur abfällige Bemerkungen über Admiral Canaris und den deutschen Widerstand und bezweifelte ebenfalls die Gaskammern in Konzentrationslagern – von seinen Funktionen zurück.

Im Amt ist noch der FPÖ-„Vordenker“ Raimund Wimmer, über den Herr Haider meint: „So etwas wie der Vater der politischen Erneuerung dieser FPÖ seit 1986“ sei der Obmann von Linz-Land. Gleichzeitig bedankte sich Haider bei Wimmer: „Dir, lieber Raimund, herzlichen Dank, du hast eine gute Tat geleistet.“ Eine fragwürdige Tat legte dieser Herr Wimmer am 9. November 1989. Auf die Frage einer ORF-Mitarbeiterin meinte der „Vordenker“: „Hier 50.000 Juden anzusiedeln, wie ich das gehört habe von Zilk, das ist unmöglich. Der kennt die Juden nicht. Ich war im Krieg überall. Ich hab' sie in Galizien kennengelernt, ich hab' sie in Rußland kennengelernt. Die würden sich wundern, wenn die Peikesjuden würden herumrennen in Wien.“

In die gleiche Kerbe schlug der Kärntner Ortsparteiobmann Peter Müller, der einem Journalisten gegenüber erklärte: „Wir bauen schon wieder Öfen, aber nicht für Sie, Herr Wiesenthal – Sie ha-

ben im Jörgl seiner Pfeife Platz!“ Ein „Faschingsscherz“, der vor drei, vier Jahren in einer Faschingsgilde erzählt wurde, meinte der Kärntner FPÖ-Landesgeschäftsführer Armin Kordesch zu dieser Äußerung seines Parteifreundes Peter Müller.

Breite Proteste gegen diese antisemitischen Sudeleien erwirkten, daß Peter Müller sämtliche Funktionen zurücklegte. Die SPÖ-Abgeordneten Edgar Schranz, Brigitte Ederer und Ernst Nedwed richteten wegen dieser unglaublichen Äußerung des FPÖ-Politikers Peter Müller an den Justizminister eine parlamentarische Anfrage wegen Verdachtes der nationalsozialistischen Wiederbetätigung. Unsere Genossin Erna Musik, Überlebende von Auschwitz, forderte Jörg Haider auf, „sich über diese geschmacklose und zynische Äußerung des Herrn Müller zu äußern“.

Diese wenigen Beispiele zeigen sehr deutlich, daß die Sozialistischen Freiheitskämpfer gerade durch ihre Aufklärung über die faschistische Barbarei und durch ihr konsequentes Eintreten gegen rechtsextreme Provokationen, auch durch die FPÖ, wie wir es aus den angeführten Fällen nur allzu deutlich erkennen mußten, wichtige demokratische und gesellschaftspolitische Aufgaben in der Öffentlichkeit und in unserer Partei nach wie vor erfüllen müssen.

Rechtsextremist Herbert Schweiger verurteilt

Nach den für jeden Antifaschisten unglaublichen gerichtlichen Freisprüchen von Rechtsextremisten, die die Gaskammern in den Konzentrationslagern leugneten – man denke nur an Walter Ochensberger oder an Heinz Kleinszig –, wurde nun Herbert Schweiger von einem Grazer Schwurgericht zu einer einjährigen Freiheitsstrafe wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung ver-

urteilt. Vom Landesobmann des VdU-Steiermark über FPÖ-Spitzenkandidat 1956 in Graz bis zum Gründer der steirischen NDP-Organisation entwickelte sich der rechtsextreme Weg des Herrn Schweiger. Herbert Schweiger wurde im Sommer 1989 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verhaftet und im Jänner 1990 verurteilt. Nach dem Urteil überlegt Staatsanwalt Wolfgang Rotter, auch gegen den Anwalt Schweigers, Herbert Schaller, der auch Ochensberger verteidigte, vorzugehen. Dieser Verteidiger meint, „daß höchstens 300.000 Juden umgekommen wären, von industrieller Massenvernichtung daher nicht mehr gesprochen werden könne“, wie es die AZ am 27. Jänner 1990 berichtete.

Jüngere Antifaschisten aus Mürzzuschlag, die heute in Wien leben – Heimo Gruber, Dr. Helmuth Greiner, Dr. Siegfried Mattl und Klaus Unterberger – verfaßten eine Aufklärungsschrift über Herbert Schweiger und verteilten sie an alle Gemeinderäte der Stadt Mürzzuschlag, dem Wirkungsort des Rechtsextremisten Herbert Schweiger.

„Strategien gegen die Neue Rechte“

Seminar am Samstag, 17. März 1990, 9 bis 17 Uhr
Karl-Czernetz-Bildungszentrum, Wien 2, Praterstraße 25

Programm:

- 9.00 Uhr: **Herbert Exenberger:**
„Rechtsextremismus in Vergangenheit und Gegenwart“
- 11.00 Uhr: **Peter Lhotzky:**
„Widerstand in Österreich von 1934 bis 1945“
- 12.30 Uhr: Mittagspause
- 14.00 Uhr: **Dr. Ruth Contreras:**
„Politische Situation in Chile“

Ein Seminar der Wiener Bildung und des Jugendkontaktkomitees des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer.



Opferfürsorge

Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 1990

Einige Leistungen der Opferfürsorge sind von der Höhe des Einkommens der Anspruchswerber abhängig. Bei Anspruchswerbern, die verheiratet sind oder in einer Lebensgemeinschaft leben, ist auch das Einkommen des Ehegatten (der Ehegattin) bzw. des Lebensgefährten (der Lebensgefährtin) zu berücksichtigen.

Bezieher von Unterhaltsrenten, Teilunterhaltsrenten und Witwenbeihilfen werden **ab 1. Jänner 1990** eine Erhöhung aller Rentenleistungen und Zulagen aus der Opferfürsorge erhalten.

Alle jene, deren Einkommen geringer ist als die erhöhte Unterhaltsrente (Witwenbeihilfe) haben nun Anspruch auf eine entsprechende Teilunterhaltsrente oder Witwenbeihilfe.

Eine **Unterhaltsrente** (Teilunterhaltsrente) kann demnach von **alleinstehenden Opfern** beansprucht werden, wenn oder insoweit ihr monatliches Nettoeinkommen geringer ist als S 8.030,-

Opfer (Inhaber einer Amtsbescheinigung), die verheiratet sind oder eine Lebensgefährtin (Lebensgefährten) haben, können eine Unterhaltsrente bzw. Teilunterhaltsrente beanspruchen, wenn ihr monatliches Nettoeinkommen geringer ist als S 10.162,-

Allerdings werden 30% des Nettoeinkommens der Ehegattin (des Ehegatten) bzw. Lebensgefährten (Lebensgefährtin) in Anrechnung gebracht.

Hinterbliebene können eine Unterhaltsrente (Teilunterhaltsrente) beanspruchen, wenn ihr monatliches Einkommen geringer ist als S 7.093,-

Hinterbliebene nach Inhabern einer Amtsbescheinigung, auf die die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Unterhaltsrente (Teilunterhaltsrente) nicht zutreffen, haben Anspruch auf eine **Beihilfe**, wenn ihr monatliches Einkommen geringer ist als S 8.268,-

Die Beihilfe selbst kann höchstens nur betragen S 7.093,-
mindestens jedoch S 70,-.

Die **Einkommensgrenzen** (Interne Richtlinien) für die Gewährung einer **einmaligen Aushilfe** aus dem **Ausgleichstaxfond** betragen **ab 1. 1. 1990**

für alleinstehende Personen S 9.257,-
bei Ehepaaren (Lebensgefährten) S 14.270,-
zusätzlich je Kind S 3.075,-

Die **Einkommensgrenzen** für übersetzungsmäßige Leistungen aus der **Heilfürsorge** gemäß § 12 Abs. 4 OFG betragen
für alleinstehende Personen S 15.068,-
für Ehepaare (Lebensgefährten) S 18.970,-
zusätzlich je Kind S 3.162,-

(anspruchsberechtigt sind Amtsbescheinigungsinhaber sowie Personen, die eine Rentenleistung aus der Opferfürsorge beziehen); Originalrechnungen und Nachweis über Bezahlung der Rechnung unbedingt erforderlich. Gilt auch für Kur- und Erholungsaufenthalt.

Einmalige Aushilfe von S 2.500,- für Spitalsaufenthalt

(mindestens 15 Tage durchgehend) kann innerhalb eines Jahres (es müssen bis zum nächsten Spitalsaufenthalt 12 Monate vergangen sein) an Opferausweis- oder Amtsbescheinigungsinhaber, auch an deren Ehegatten, gewährt werden. **Einkommensgrenzen wie bei Heilfürsorge.**

Kur- bzw. Erholungsaufenthalt

ist in erster Linie bei der zuständigen Krankenkasse einzureichen, wenn eine Anweisung erfolgt, dann können Amtsbescheinigungsinhaber bei der zuständigen Landesregierung (Opferfürsorge) einen Zuschuß beantragen, dieser wird aber nur dann gewährt, wenn eine **vorherige** amtsärztliche Untersuchung diesen Kur- resp. Erholungsaufenthalt befürwortet hat.

Bei **Kur- bzw. Erholungsaufenthalt** kann täglich ein Zuschuß von höchstens S 251,- gewährt werden.

Je **Zahnkrone** kann ein Zuschuß von S 1.256,- gewährt werden.

Einkommensgrenzen für Gewährung zinsfreier Darlehen betragen

für Einzelpersonen S 12.000,-
für Ehepaare (Lebensgefährten) S 18.000,-
zusätzlich je Kind S 4.000,-

Opferrenten (Grundrenten) ab 1. 1. 1990

MdE	Opferrente	ab 65. Lebensjahr zusätzliche Haftrente	insgesamt
30%	S 881,-	S 412,-	S 1293,-
40%	S 1322,-	S 412,-	S 1734,-
50%	S 1763,-	S 412,-	S 2175,-
60%	S 2204,-	S 412,-	S 2616,-
70%	S 2644,-	S 412,-	S 3056,-
80%	S 3526,-	S 412,-	S 3938,-
90/100%	S 4407,-	S 412,-	S 4819,-

Alterszulage S 181,-
 Dieselbe wird an Opferrentenbezieher ab 50%, bei Frauen ab dem 55. Lebensjahr, bei Männern ab dem 60. Lebensjahr gewährt. Ab dem 65. Lebensjahr wird dann an Bezieher ab einer 50prozentigen Opferrente die Alterserschwerntzulage zuerkannt, womit die Alterszulage von monatlich S 181,- entfällt.

Alterserschwerntzulage ab 1. 1. 1990

Ab Vollendung des	Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE)				
	50 v. H.	60 v. H.	70 v. H.	80 v. H.	90/100 v. H.
65. Lebensjahres	S 197,-	S 330,-	S 399,-	S 529,-	S 660,-
70. Lebensjahres	S 400,-	S 659,-	S 748,-	S 882,-	S 1058,-
75. Lebensjahres	S 728,-	S 991,-	S 1103,-	S 1234,-	S 1367,-
80. Lebensjahres	S 1058,-	S 1324,-	S 1455,-	S 1588,-	S 1720,-

Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 1990

Unterhaltsrente für Opfer (auch Meßbetrag bzw. Einkommensgrenzen)		
1. Alleinstehende		S 8.030,-
2. Verheiratete bzw. Lebensgefährten (Lebensgefährtin)		S 10.162,-
Erhöhung des Meßbetrages für jedes Kind, für das ein Erziehungsbeitrag gebührt		S 349,-
Erziehungsbeitrag		S 698,-
Unterhaltsrente für Hinterbliebene (auch Meßbetrag bzw. Einkommensgrenze)		S 7.093,-
Beihilfen (für Witwen, Lebensgefährtinnen, Waisen, Witwer und Lebensgefährten)		S 7.093,-
Einkommensgrenze (Meßbetrag)		
für Beihilfen		S 8.268,-
Mindestbeihilfe		S 70,-
Hinterbliebenenrente (Witwen, Lebensgefährtinnen, Waisen, Elternteile, Witwer und Lebensgefährten)		S 1.763,-
Elternpaarrente		S 2.327,-
Hilflosenzulage		S 2.618,-
Diätzuschuß:		
I. Stufe		S 273,-
II. Stufe		S 553,-
III. Stufe		S 828,-
Sterbegeld:		
Höchstaussmaß		S 10.280,-
Mindestaussmaß		S 6.164,-
anrechenbar höchstens		S 4.116,-

Wien: Ehrung von Widerstandskämpfern

In Wien wurden wieder einige Verkehrsflächen und Wohnhausanlagen nach Widerstandskämpfern und Opfern des Faschismus benannt. Eine Verkehrsfläche in Favoriten auf dem Wienerberg wird den Namen „Muriel Gardiner-Buttinger-Platz“ führen. **Muriel Gardiner Buttinger** war eine amerikanische Psychoanalytikerin (1901-1985), die von 1934 bis 1939 eine wichtige Funktion für die damals illegale Sozialdemokratische Partei im Untergrund ausübte. Die städtische Wohnhausanlage in 19, Greinergasse 36, wird nach **Edwin Schuster** (1888-1942) benannt, der in der Ersten Republik Bildungsfunktionär der Bezirksorganisation Döbling der Sozialdemokratischen Partei und unter dem Faschismus Mitglied einer Widerstandsgruppe der Eisenbahner war. Er ist im KZ Mauthausen umgekommen. Ebenfalls in Döbling, in der Grinzinger Allee 54, wird eine städtische Wohnhausanlage den Namen von **Julius Deutsch** (1884-1968) tragen. Er war Staatssekretär in der ersten Regierung der Ersten Republik, Organisator des Republikanischen Schutzbundes und Offizier der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg.

Ehrengaben auch für Hinterbliebene

Nach längeren Bemühungen ist es uns gelungen zu erreichen, daß Ehrengaben im Sinne der Bestimmungen des § 1 Abs. 1 Ziff. 1 (höchstens S 5000,-) des Ehrengabe- und Hilfsfondsgesetzes, BGBl. 197/1988, auch folgenden Personen ausbezahlt werden können:

1. an Hinterbliebene (Witwe/Witwer bzw. Lebensgefährtin/Lebensgefährte) von Personen, denen zu Lebzeiten das Befreiungsehrenzeichen verliehen worden ist, die aber infolge ihres Todes selbst nicht mehr die Ehrengabe beanspruchen konnten;

2. an Personen, für die vor dem 31. 12. 1988 ein Antrag auf Verleihung des Befreiungsehrenzeichens gestellt worden ist, denen aber erst nach diesem Stichtag das Befreiungsehrenzeichen verliehen worden ist.

Personen, die schon selbst eine Ehrengabe gemäß § 1 Abs. 1 Ziff. 2-5 des Gesetzes (Bezieher von Opfer-Renten, Hinterbliebenen-Renten, Inhaber von Amtsbescheinigungen oder Opferausweisen) erhielten, bekommen nur die Differenz auf S 5000,-.

Mitglieder, die glauben, einen Anspruch auf eine Ehrengabe zu haben, mögen sich schriftlich an uns wenden. Sie erhalten ein Antragsformular, das sie ausgefüllt an uns senden mögen. Dieser Antrag wird dann von uns zur Auszahlung der Ehrengabe weitergeleitet.

Hugo Pepper — 70 Jahre

Unser Vorstandsmitglied Prof. Hugo Pepper feierte am 4. Februar seinen 70. Geburtstag. Genosse Pepper studierte vor und nach dem Krieg Germanistik, Anglistik, Geschichte und Staatswissenschaft. Als Mittelschüler wurde er 1938 wegen Geheimbündelei und Vor-

bereitung zum Hochverrat angeklagt. Bei Kriegsbeginn wurde er begnadigt, war zunächst wehrunwürdig, leistete dann Kriegsdienst und stieß zur militärischen Widerstandsbewegung. Ab 1951 war Genosse Pepper im gewerkschaftlichen Bildungswesen tätig, von 1962 bis 1981 als Cheflektor des Europaverlages. Von 1945 bis 1951 wirkte Hugo Pepper im Kabarett der Sozialistischen (Fortsetzung auf Seite 8)



DVR: 0029106(411) 0908677
FAM.

SCHWANTNER
DARINGERG. 14/25/6
1190

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

(Fortsetzung von Seite 7)

Studenten „Der rote Hund“ mit, mit dessen Programm der Jubilar auch heute noch die Lacher auf seiner Seite hat. Besonders verdient machte sich Genosse Pepper als Redakteur der Otto-Bauer-Werkausgabe. Daneben wirkte und wirkt er als Volksbildner, politischer Publizist und Rhetoriklehrer. Er ist Träger des Staatspreises für Geschichte der Arbeiterbewegung. Der „Kämpfer“ gratuliert sehr herzlich.

Glückwünsche für Billes, Krula, Pawlik



Stefan Billes, Obmann des Landes fürverbandes Burgenland, feierte schon im Dezember 1989 seinen 80. Geburtstag. Er gehörte zu den ersten, die am 1. April 1938 in das KZ Dachau gebracht wurden. **Prof. Willi Krula** beging am 31. Jänner seinen 80. Geburtstag. Er war Obmann der SAJ in Mariahilf, nahm an den Februarkämpfen 1934 aktiv teil und arbeitete dann illegal. Nach 1945 wirkte er 24 Jahre lang als pädagogischer Leiter der Bildungsheime Neuwaldegg und Jägermayrhof. Der Obmann des Landesverbandes Kärnten, **Hans Pawlik**, feierte kürzlich seinen 75. Geburtstag. Genosse Pawlik lernte den Beruf des Schriftsetzers und war maßgeblich am Aufbau der Gewerkschaft Druck und Papier in Kärnten beteiligt. Lange Jahre war er Landtagsabgeordneter der SPÖ. Der „Kämpfer“ gratuliert den Jubilaren herzlich.

Niederösterreich

Jahreshauptversammlung. Am 10. Februar 1990 fand im Haus der Begegnung Floridsdorf die Jahreshauptversammlung der Sozialistischen Freiheitskämpfer Niederösterreichs statt. Mit tiefer Erschütterung nahmen die Delegierten die Nachricht vom Tod des Genossen Josef Hindels zur Kenntnis. In seinem Bericht bezog sich Landesobmann Leo Lesjak auch auf die politische Entwicklung in Osteuropa und sagte: „Uns Österreichern kann es nicht gleichgültig sein, wer in der ČSSR und in Ungarn das Sagen hat. Schon allein aus Solidarität zur arbeitenden Bevölkerung fühlen sich die österreichischen Sozialisten verpflichtet, der traditionsreichen tschechoslowakischen Sozialdemokratie zu helfen. Wegen der knappen Zeit bis zu den Wahlen im kommenden Frühsommer müssen wir dies rasch tun. Dazu brauchen wir Hilfe auf allen Ebenen. Unser Einsatz für die Sozialdemokratie ist grenzenlos!“ Auf Antrag des Landesvorstandes beschloß die Jahreshauptversammlung, der tschechoslowakischen Sozialdemokratie Bürowaren im Werte von 5000 Schilling zu spenden. Bei den Neuwahlen wurde Genosse Leo Lesjak als Obmann einstimmig wiedergewählt, als seine Stellvertreter wurden die Genossen Walter Faderny und Ewald Deutsch bestätigt. Das politische Referat hielt dann Genosse Hubert Pfoch, Präsident des Dokumentationszentrums des österreichischen Widerstandes.

Niederösterreich

Josef Rohata †. Der Landesverband des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer in Niederösterreich beklagt einen großen Verlust. Einer unserer treuesten Kampfgefährten ist für immer von uns gegangen. Obzwar schon lange von einer schweren Krankheit gezeichnet, übte unser Freund bis zu seinem Lebensende zahlreiche Funktionen aus. Josef Rohata starb unerwartet am 13. Dezember 1989 im 81. Lebensjahr.

Alle, die ihn kannten, wissen, daß er seinen großen Idealen treu geblieben ist.

Er verkörperte die Persönlichkeit eines sozialistischen Mandatars, der aus dem Volke kam und jederzeit mit dem Volk verbunden war. Bis ins hohe Alter war sein Kalender voll mit Terminen. Obzwar schon seit mehr als 15 Jahren in Pension, konnte bei ihm von einem echten Ruhestand keine Rede sein.

In den Jahren 1934 bis 1938 wurde er als Freiheitskämpfer verfolgt und mehrmals inhaftiert. Unmittelbar nach Kriegsende stellte er sich der wiedererstandenen Sozialdemokratie als Bezirkssekretär zur Verfügung. In der Folgezeit war er als Stadtrat beim Aufbau seiner Heimatstadt Mödling und später auch als Landtagsabgeordneter tätig. Die Gemeinde dankte ihm mit der Auszeichnung als Ehrenbürger.

In unserer Organisation bekleidete er lange Jahre hindurch die Funktionen des Bezirksgruppenobmannes, des Landesobmannstellvertreters und eines Mitglieds des Bundesvorstandes. Ihm gelang es, seinen Bezirk zum stärksten des Landes Niederösterreich zu machen. Seine Beharrlichkeit und seine Ratschläge werden uns künftig fehlen. Sein Tod hinterläßt eine große Lücke.

Döbling

Leopold Freiberger †. An der Gedenkfahrt in das ehemalige Konzentrationslager Dachau im November 1989 (siehe „Der Kämpfer“ Nr. 11-12/1989) nahm Genosse Leopold Freiberger noch teil. Am 18. Dezember 1989 ist Genosse Freiberger im 77. Lebensjahr plötzlich und unerwartet gestorben.

Schon in der Ersten Republik war Genosse Freiberger politisch verfolgt. Als der Faschismus die spanische Republik bedrohte, war sein Platz in den Reihen der Internationalen Brigaden. In einer Maschinengewehrabteilung wirkte er bei der Verteidigung der Hauptstadt Madrid mit. Nach dem Ende der Kämpfe in Spanien wurde Genosse Freiberger in Frankreich interniert, dort der Gestapo übergeben und in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Erst mit dem Einmarsch der Alliierten in Deutschland schlug für ihn im Frühjahr 1945 die Stunde der Befreiung.

Bis zu seinem plötzlichen Tod war Genosse Freiberger in der Bezirksgruppenleitung Döbling unseres Bundes tätig. Am 29. Dezember 1989 nahm eine große Trauergemeinde von ihm Abschied.

Wir werden Genossen Freiberger niemals vergessen.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 3/4 ist der 31. März 1990.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien. – Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Information der Opfer des Faschismus über ihre rechtlichen Ansprüche.